

In seinem
Düsseldorfer
Landtagsbüro
empfangt
FDP-Chef
Christian
Lindner
BDS-Präsident
Günther Hieber
und
Hans-Peter
Murmans



Abteilung Attacke eröffnet

FDP-Chef Christian Lindner verteilt „Nettigkeiten“: Schulz gibt auf relevante Fragen falsche Antworten – und: Merkel hat Deutschland narkotisiert

Christian Lindner muss im Wahljahr 2017 gleich vier Aufgaben schultern: Chef der Bundespartei, Fraktions- und Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und dort – wie im Bund – auch noch Spitzenkandidat. „Mehr Lindner geht nicht, es sei denn, er wäre auch noch Ehrenvorsitzender und Generalsekretär“, schrieb *Spiegel online* durchaus respektvoll.

Gleichwohl wirkt der FDP-Frontmann entspannt und überhaupt nicht gestresst, wie BDS-Präsident Günther Hieber, sein Vize Hans-Peter Murmann und Hauptgeschäftsführer Joachim

„Es gilt, in NRW den politischen Wechsel herbeizuführen, weil das Land im ‚Status quo‘ verwaltet wird.“

Schäfer anlässlich des turnusmäßigen Gedankenaustausches in Lindners Düsseldorfer Landtagsbüro feststellen konnten. Kein Wunder: Prognostizieren doch die Demoskopen der FDP den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag und bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ein zweifelhaftes Ergebnis.

Staatsprogramme auf Pump

Angesprochen auf den Hype, den der neue Spitzenmann der SPD, Martin Schulz, hervorgerufen habe, und wie er den Höhenflug der Sozialdemokraten bewerte, überraschte Christian Lindner mit der

Aussage, dass ihn der Rummel um Martin Schulz überhaupt nicht verblüffe. Nach seiner Ansicht löse sich nunmehr der Affektstau auf, der sich wie Mehltau über die deutsche Politik gelegt und der Deutschland durch Merkels angebliche Alternativlosigkeit nahezu narkotisiert habe. Schulz dagegen trete engagiert und leidenschaftlich auf – „auch wenn er auf relevante Fragen leider falsche Antworten gibt“. Was Schulz in der Sache sage, erinnere ihn an die Politik von Francois Hollande, betonte Lindner. Der SPD-Kanzlerkandidat fordere mehr Steuern für den Mittelstand, wolle Arbeitslo-



sigkeit durch mehr Staatsprogramme und somit auf Pump lösen sowie die Wirtschaft erneut mit bürokratischen Vorgaben überziehen. Das Ergebnis dieser Politik zeige sich in Frankreich überdeutlich: „Die Wirtschafts- und Finanzpolitik unseres wichtigsten Verbündeten liegt in Trümmern.“ Paradoxiertweise – so Lindner weiter – gebe es jetzt in Frankreich einen Präsidentschaftskandidaten namens Emmanuel Macron, der erreichen wolle, dass sich Frankreich mit sozial- und wirtschaftsliberalen Positionen Deutschland annähere. „Und wir haben den SPD-Kanzlerkandidaten Schulz, der will, dass Deutschland französischer wird“, ironisierte Christian Lindner.

Absage an Ampel-Koalition

Für die BDS-Vertreter aus NRW Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer war es von besonderem Interesse zu erfahren, ob sich die FDP nach der Landtagswahl in NRW neu aufstellt und wo künftig Lindners Platz sein wird – in Düsseldorf oder in Berlin.

Sein Platz werde nach der Bundestagswahl in Berlin sein, machte Lindner deutlich. Gleichwohl gelte es, in Nordrhein-Westfalen den politischen Wechsel herbeizuführen, weil das Land nach seiner Ansicht im „Status quo“ verwaltet werde. Es gebe keine

wirtschaftliche Dynamik mehr und bei der Armutsstatistik sowie der Bildungsqualität stehe das Land nach sieben Jahren Rot-Grün im unteren Tabellendrittel. Für seine Partei stünden Entbürokratisierung, ein investitionsfreundliches Klima, eine leistungsorientierte Bildungspolitik und ein handlungsfähiger Rechtsstaat ganz oben auf der Prioritätenliste, hob Lindner hervor und erteilte daher einer Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnisgrünen eine klare Absage.

Aufkündigung der Geschäftsgrundlage

Ob die FDP nach der Bundestagswahl in eine Koalition eintreten werde, ließ Lindner offen. Eine Regierungsbeteiligung werde es mit der FDP nur geben, wenn im Koalitionsvertrag hinreichend viele Inhalte des FDP-Programms umgesetzt würden. Eine Situation wie im Mai 2010, als Bundeskanzlerin Merkel in der bürgerlich-liberalen Koalition die Steuersenkungspläne der FDP vom Tisch gewischt hatte, würde mit ihm in Verantwortung sofort zu Konsequenzen führen, bekräftigte Lindner seine Haltung und sprach dezidiert von der Aufkündigung der Geschäftsgrundlage. Allerdings zeige sich heute, dass die Regierungszeit von 2009 bis 2013 mit FDP-Beteiligung besser gewesen sei, als ihr Ruf. „Eine solch chaotische Flücht-

lingspolitik hätte es mit der Rechtsstaatspartei FDP nicht gegeben.“ Gleiches gelte für griechische Finanzhilfen ohne Beteiligung des IWF und für die Eingriffe von Schwarz-Rot in die Soziale Marktwirtschaft – angefangen von der Rente mit 63, über die chaotische Energiewende bis zur Arbeitszeitdokumentationsverordnung beim Mindestlohn.

Rentenpläne: Schwere Hypothek

BDS-Präsident Hieber bat Christian Lindner, alles Menschenmögliche in Regierungsverantwortung zu tun, die Rentenpläne von Arbeitsministerin Andrea Nahles zu verhindern. Hieber wörtlich: „Obwohl die letzte Rentenreform noch nicht finanziert ist, wird schon die nächste Rentendebatte durchgeführt, die naturgemäß nicht zum Nulltarif zu haben ist. Dies alles bedeutet eine schwere Hypothek für die nachfolgende Generation.“

Der Name Nahles und der Begriff Rentenreform in einem kausalen Zusammenhang genannt, scheinen für Christian Lindner ein rotes Tuch zu sein. Seine sonst so ruhige Gesprächsführung wurde durch die Abteilung Attacke abgelöst: „Das Konzept von Andrea Nahles, das 25 Prozent Rentenversicherungsbeitrag in der Spitze beinhaltet, ist eine Bedrohung für den Wirtschaftsstand- ▶

„Eine Regierungsbeteiligung wird es mit der FDP nur geben, wenn im Koalitionsvertrag hinreichend viele Inhalte des FDP-Programms umgesetzt werden.“

ort Deutschland und die fleißige Mittelschicht.“ Statt auf eine Stärkung der privaten Altersvorsorge Wert zu legen, bürde Nahles der Generation unter 25 Jahren eine Last auf, die nicht mehr zu schultern sei. Er wünsche sich unter anderem eine Stärkung der privaten Vorsorge durch die Förderung des Eigentums auf dem Wohnungsmarkt. „Eine eigene Immobilie und damit das mietfreie Wohnen ist der beste Garant gegen Altersarmut“, argumentierte Lindner. Deshalb fordere er einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 500 000 Euro für die selbstgenutzte Immobilie. Das sei eine unbürokratische Maßnahme zur Stärkung des Eigenkapitals, was naturgemäß auch die Hypothekenbelastung senken würde.

Solidaritätszuschlag absenken

Günther Hieber regte an, zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums auch den § 7b wieder einzuführen, um so auch Geringverdienern die Möglichkeit zu geben, eine Immobilie zu erwerben. Christian Lindner sicherte zu, Hiebers Anregung bei weiteren Beratungen innerhalb seiner Parteigremien zu berücksichtigen. Auch beim Solidaritätszuschlag hat die Nr. 1 der FDP Großes vor. Rückwirkend ab dem 01. Januar 2017 würde er am liebsten alle Einkommen unter 50 000 Euro Jahreseinkommen vom Soli freistellen, weil die aufzuwendende Summe genau die finanzielle Größenordnung sei, die dem Haushaltsüberschuss im Bund zur Verfügung stehe. Ab dem Jahr 2018 soll dann im nächsten Schritt auch für Einkommen über 50 000 Euro Jahreseinkommen eine Absenkung erfolgen und im Jahr 2019 der Solidaritätszuschlag – wie ursprünglich vereinbart – mit Beendigung des Solidarpaktes II



„Das Rentenkonzept von Andrea Nahles, das 25 Prozent Rentenversicherungsbeitrag in der Spitze beinhaltet, ist eine Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die fleißige Mittelschicht.“

komplett entfallen. Das Hauptargument für diese Steuerentlastung ist für Christian Lindner ein Logisches: Über den Solidaritätszuschlag kann ohne Zustimmung des Bundesrates entschieden werden. Soll heißen: Die Bündnisgrünen als Steuerentlastungsverweigerer wären außen vor.

Vermögenssteuer ist Neidsteuer

Die Pläne des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz, im Konzert mit den Bündnisgrünen und der Linkspartei, die Vermögenssteuer zu implementieren, um so ein sogenanntes Gerechtigkeitsproblem anzugehen, stößt ebenfalls auf die harte Kritik des FDP-Spitzenkandidaten, weil die Vermögenssteuer nach seinen Worten „nichts anderes als eine Neidsteuer ist“. Statt den Mittelstand, den fleißigen Handwerker oder den gut verdienenden Ingenieur finanziell zu belasten, sei seine Vorstellung von Gerechtigkeit eine andere, als die von Schulz, unterstrich Lindner. Er denke vielmehr an Unternehmen wie Apple, Facebook, Google und Amazon, die auf ihre

Milliardengewinne vielfach keine Steuern zahlten. „Die müssen wir zur Kasse bitten.“

Der letzte Punkt bei dem Gedankenaustausch zwischen Christian Lindner und den BDS-Vertretern Hieber, Murmann und Schäfer galt der Thematik, den Bildungsföderalismus zu hinterfragen. Lindner hatte dies einmal sehr plastisch formuliert: „Der Bund darf zwar Schulen in Botswana sanieren, aber nicht in Bottrop und Bielefeld.“

Bildungsföderalismus hinterfragen

Hans-Peter Murmann stellte heraus, dass es aus Sicht des Verbandes notwendig sei, auch den Bund bei der Sanierung von Schulen oder bei anderen Bildungsaufgaben zu beteiligen und ihm ein Mitspracherecht einzuräumen. Auch bei diesem Thema untermauerte der liberale Polit-Profi, dass BDS und Freidemokraten auf einer Linie liegen: „Der Bildungsföderalismus passt nicht mehr in die Zeit.“ Aber noch für viel wichtiger hielte er eine höhere Anerkennung der beruflichen Bildung, sagte Christian Lindner. Eine Akademikerquote von 50 bis 60 Prozent halte er für eine gefährliche Entwicklung. Es gelte, in die Länder ein Signal zu senden, zum Beispiel die Laufbahn bei der Polizei wieder für Menschen ohne Abitur zu öffnen, weil auch ein guter Realschüler ein guter Polizist werden könne – so wie dies früher einmal der Fall gewesen sei. Dann würde der Staat nach seinem Dafürhalten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der Personalbedarf bei der Polizei könne auch in einer Zeit des Fachkräftemangels gedeckt und ein klares Bekenntnis abgelegt werden, dass ein sinnvolles Berufsleben nicht erst ab dem Abitur beginnt. A.S. ■

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
(0231) 2265788
info@k6-medien.de



Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de



In der Europapolitik und bei der Diskussion um die Bewältigung der Flüchtlingskrise legt FDP-Chef Christian Lindner eine härtere Gangart gegenüber der jetzigen Bundesregierung an den Tag. Letzteres wurde besonders deutlich, als Christian Lindner in Berlin das Buch des Welt-Korrespondenten Robin Alexander über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin vorstellte. Lindner sprach davon, es mit „atemloser Spannung“ gelesen zu haben. Die FDP habe die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zwar von Anfang an kritisiert, die Kritik wäre aber noch härter ausgefallen, wenn er das Buch vorher gekannt hätte, fasste der FDP-Bundesvorsitzende die Ergebnisse der Recherchen von Robin Alexander zusammen.

? Welche neuen Einsichten haben Sie denn durch die Recherchen von Robin Alexander gewonnen, die Sie zu solch massiver Kritik veranlasst haben?

Christian Lindner: Wir haben die Flüchtlingspolitik ja immer kritisch gesehen. Jetzt wissen wir aber noch mehr. Von der Bundeskanzlerin haben wir gehört, die im Jahr 2015 erfolgte Grenzöffnung sei alternativlos gewesen. Durch die Recherchen erfahren wir aber, was sich innerhalb der Bundesregierung abspielte, als der Schutz der Grenzen aufgegeben wurde. Demnach gab es eine Erwägung in der folgenden Woche, die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Es gab einen bereits ausgestellten Einsatzbefehl an die Bundespolizei, um die Landesgrenzen zu sichern. Es war nur niemand aus der Bundesregierung bereit, diesen Einsatzbefehl zu unterschreiben. Kurzum: Niemand in der Bundesregierung wollte Verantwortung übernehmen. So hat schlicht und ergreifend die mangelnde Courage der politisch Verantwortlichen zu diesem Kontrollverlust geführt. Zudem wurden

Mangelnde Courage der politisch Verantwortlichen

FDP-Frontmann Christian Lindner zur Flüchtlingskrise: Parlament und Öffentlichkeit wurden systematisch getäuscht

Parlament und Öffentlichkeit systematisch über die wahren Hintergründe getroffener Entscheidungen getäuscht.

? Anlässlich der Buchvorstellung haben Sie Ihre Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln erneuert. Wäre denn mit einem Einwanderungsgesetz nach Ihren Vorstellungen die Flüchtlingskrise verhindert oder gar bewältigt worden?

Christian Lindner: Sie wäre auf jeden Fall besser bewältigt worden. Nach unseren Vorstellungen sollen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten einen vorübergehenden Schutz bekommen. Wenn deren Land aber wieder befriedet ist, muss die Rückkehr in das Heimatland die Regeln sein. Nach unseren Vorstellungen sollen Kriegsflüchtlinge gar nicht erst ein kompliziertes Asylverfahren durchlaufen, sondern sie sollen einen zeitlich begrenzten Aufnahmetitel unbürokratisch erhalten. Wer aber auf Dauer bleiben will, muss nachweisen können, dass er seinen Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten kann. Und sie müssen die deutsche Sprache beherrschen, weil dies ein Beleg für eine minimale kulturelle Integrationsbereitschaft ist. Wir sollten uns ein Beispiel an Kanada nehmen. Dort gibt es ganz genau definierte Vorgaben. Wer nur an einem Punkt diese nicht erfüllt, muss das Land verlassen. Der kanadische Ministerpräsident Trudeau hat eine ganz klare Vorstellung: Wer sich integriert, dem stehen in Kanada alle Möglichkeiten offen. Wer aber den Frieden stört oder nur sozialstaatliche Leistungen in Anspruch nehmen will, der muss das Land verlassen.

? Sie fordern einen Plan B für den Schutz unserer Außengrenzen. Wie sieht dieser Plan B aus?

Christian Lindner: Zunächst einmal dürfen wir uns nicht weiter von Herrn Erdogan erpressen lassen. Natürlich brauchen wir in der Flüchtlingsfrage eine Vereinbarung mit der Türkei. Aber wir brauchen auch entsprechende Vereinbarungen mit den Maghreb-Staaten. Der Deal lautet: Ihr nehmt eure Staatsbürger zurück, wenn diese illegal zu uns gekommen sind. Wenn ihr aber nicht partnerschaftlich agiert, dann fühlen wir uns auch nicht mehr an eine wirtschaftliche Zusammenarbeit oder an unsere Zusagen



Vergangenheit geschehen – europäische Regeln ausgesetzt oder gar verletzt werden?

Christian Lindner: Wir wollen ein Europa im Geist von Freiheit und Recht. Gegenwertig erleben wir Bestrebungen, die auf eine Vereinheitlichung innerhalb Europas hinauslaufen: eine EU-Arbeitslosenversicherung, Eurobonds und gleiche Sozialstandards. Ein solches Europa produziert nur Verlierer und würde das gleiche Schicksal wie die Sowjetunion erleiden, weil die Verlierer dieser Politik nicht mehr bereit sein werden, diese Gleichmacherei mitzumachen. Dennoch stehe ich voll hinter der Europapolitik der FDP bis

bei der Entwicklungshilfe gebunden. Unabhängig von diesen Deals brauchen wir einen europäischen Grenzschutz, der in der Lage ist, die Kontrolle über unsere Außengrenzen wieder herzustellen. Die Agentur Frontex ist hierfür zu schwach ausgestattet. Ich stelle mir eine europäische Grenzpolizei mit einer Stärke von mindestens 15.000 Mann vor, die mit modernster technischer Ausrüstung ausgestattet ist und so illegale Grenzübertritte systematisch verhindern kann. Ich bin mir sicher, dass es für diese Vorstellungen innerhalb der EU eine Mehrheit gibt. Länder wie Ungarn, Polen oder Tschechien nehmen aus bekannten Gründen so gut wie keine Flüchtlinge auf, wären aber nach meiner Überzeugung mit Sicherheit bereit, sich an einer solchen Polizeitruppe zu beteiligen.

? Von der Grenzsicherung zur Europapolitik insgesamt. Der geordnete Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone scheint für ihre Partei kein Tabu mehr zu sein. Wie wird sich die FDP nach der Wahl im September im Bundestag verhalten, wenn – wie in der

zum Jahr 2013 und damit auch zu den Hilfen für Griechenland. Inzwischen ist die Situation aber eine andere. Der IWF ist nicht mehr bereit, sich finanziell an der Griechenlandhilfe zu beteiligen. Deshalb plädiere ich für einen griechischen Schuldenschnitt. Griechenland kann in der EU bleiben, aber verlässt die Eurozone und kehrt zur Drachme zurück. Dann hat das Land die Möglichkeit, abzuwerten, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Natürlich kann Griechenland auch mit weiteren Finanzhilfen aus Brüssel rechnen. Diese gelten dann als Subventionen und werden nicht für Rentengeschenke, sondern zweckgebunden für die Finanzierung des Mittelstandes und der Modernisierung der Infrastruktur eingesetzt. Dann hätten wir nicht nur Griechenland wieder auf einen besseren Weg gebracht, sondern auch der Eurozone einen Neustart ermöglicht. Zudem wäre ein solcher Schritt auch ein Signal an die italienische Regierung in Rom, dass man die eigene Wirtschaft in Ordnung bringen muss. Und es wäre ein Signal an die EZB, dass man die Niedrigzinspolitik und Politik des Anleiheaufkaufs beenden kann. ■



Mit Christian Lindner
sprach
Joachim Schäfer